Inhaltsverzeichnis

Vorwort V
Abkürzungsverzeichnis XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur XXI
Kommentare zum Grundgesetz XXII

Teil I: Grundlagen 1

A. Staatsrecht als Rechtsgebiet 1
§ 1 Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland 1
§ 2 Staat und Staatsrecht 2
§ 3 Verfassung und Verfassungsrecht 3
§ 4 Staatsrecht und Verfassungsrecht 5

B. Deutsche Verfassungsgeschichte im Überblick 6
§ 5 Die Zeit vor 1848 6
§ 6 Die sog. Paulskirchenverfassung von 1848/1849 7
§ 7 Der Norddeutsche Bund 8
§ 8 Das Deutsche Reich und die Reichsverfassung von 1871 9
§ 9 Die Weimarer Reichsverfassung 10
§ 10 Die Zeit des Nationalsozialismus 14
§ 11 Besatzungszeit und Grundgesetz 15

C. Das Grundgesetz und seine Geltung 18
§ 12 Überblick: Aufbau und Inhalt des Grundgesetzes 18
§ 13 Der zeitliche Geltungsbereich 20
I. Der Ewigkeitsanspruch von Verfassungen 20
II. Die Unterscheidung von Verfassunggebung und Verfassungsänderung 21
III. Die Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes in Art. 79 Abs. 3 GG . . . 22
1. Funktion der Ewigkeitsgarantie 22
2. Inhalt der Ewigkeitsgarantie 23
IV. Die besondere Funktion von Art. 146 GG 24
§ 14 Der funktionale Geltungsbereich 25
I. Staatsgewalt 25
II. Staatsgebiet 26
1. Umfang des Staatsgebiets 26
2. Gebietshoheit 26
3. Staatsgebiet des Grundgesetzes 27
III. Staatsvolk 27
1. Grundprinzipien der Erlangung der Staatsangehörigkeit 28

a) Originärer Erwerb . . . 28
b) Derivativer Erwerb . . . 28
2. Der Begriff des Staatsvolks im Grundgesetz . . . 29
3. Staatsangehörigkeit und die Geltung des Grundgesetzes . . . 30
IV. Zusammenfassung: Die Geltung des Grundgesetzes . . . 30

Teil II: Staatsstrukturprinzipien und Staatszielbestimmungen . . . 32
§ 15 Strukturprinzipien als verfassungsrechtliche Grundentscheidungen . . . 32
§ 16 Demokratie . . . 33
I. Demokratietheoretische Überlegungen . . . 33
1. Demokratie als Element der antiken Staatsformenlehre . . . 33
2. Staatstheoretische Rechtfertigung der Demokratie als Staatsform . . . 34
3. Notwendige Eigenschaften der demokratischen Staatsform . . . 35
a) Gleiche staatsbürgerliche Mitwirkungsrechte . . . 35
b) Demokratisch legitimiertes Repräsentativsystem . . . 36
c) Transparenz der staatlichen Entscheidungsverfahren . . . 37
d) Mehrheitsprinzip . . . 37
e) Demokratischer Minderheitenschutz und rechtsstaatliche Anforderungen . . . 38
II. Einzelne Demokratietypen der Gegenwart . . . 39
1. Direkte und indirekte Demokratie . . . 39
2. Präsidiale und parlamentarische Demokratie . . . 40
3. Exekutive und legislative Demokratie . . . 40
4. Sog. „Räte-“ und „Volksdemokratien“ . . . 41
III. Die Elemente der Demokratiekonzeption des Grundgesetzes . . . 41
1. Demokratisch legitimiertes Repräsentativsystem . . . 41
a) Repräsentative Demokratie . . . 42
b) Zulässigkeit von Abstimmungen . . . 42
c) Demokratische Legitimation . . . 43
2. Herrschaft auf Zeit . . . 44
3. Parlamentarismus, parlamentarische Demokratie und parlamentarisches Regierungssystem . . . 44
4. Parteiendemokratie . . . 45
5. Mehrheitskontrolle im Rechtsstaat . . . 46
6. Anwendungsbereich des Demokratieprinzips . . . 46
§ 17 Republik . . . 47
I. Der Begriff der Republik . . . 47
II. Die Entscheidung des Grundgesetzes für die Republik . . . 48
§ 18 Rechtsstaat . . . 49
I. Formeller Rechtsstaat . . . 49
II. Materieller Rechtsstaat . . . 50
III. Synthese von formellem und materiellem Rechtsstaat im Grundgesetz . . . 51
IV. Normative Ausgestaltung des Rechtsstaatsprinzips im Grundgesetz . . . 51
V. Gewaltenteilung . . . 52

1. Der Begriff der Gewaltenteilung 52
2. Gewaltenteilung als rechtsstaatliches Prinzip 53
3. Gewaltenteilung im Grundgesetz 54
a) Horizontale Gewaltenteilung 55
b) Vertikale Gewaltenteilung 57
VI. Die Bindung staatlicher Gewalt 57
1. Bindung an Menschenwürde und Grundrechte (Art. 1 Abs. 1 u. 3 GG) 58
2. Bindung an die Verfassung 58
3. Gesetzesbindung 59
a) Gesetzesbindung der Verwaltung 59
b) Gesetzesbindung von Rechtsprechung und Gesetzgeber. 64
4. Rechtsbindung. 65
5. Rechtsschutzanspruch als Effektuierung staatlicher Bindung; Staatshaftungsrecht. 66
VII. Rechtsstaatliche Prinzipien. 66
1. Verhältnismäßigkeitsprinzip 66
2. Rückwirkung. 68
a) Strafrechtliches Rückwirkungsverbot (Art. 103 Abs. 2 GG) 69
b) Echte Rückwirkung („Rückbewirkung von Rechtsfolgen“, retroaktiv) 69
c) Unechte Rückwirkung („Tatbestandliche Rückanknüpfung“, retrospektiv) 70
3. Vertrauensschutz 71
4. Bestimmtheitsgebot 71
a) Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensnormen . . . 71
b) Verweisungen 72
c) Verordnungsermächtigung. 72
d) Satzungsermächtigung. 73
5. Rechtsstaatliche Anforderungen an das Strafrecht. 74
§ 19 Der Bundesstaat 76
I. Begriff und Abgrenzung 76
1. Bundesstaat und Einheitsstaat 77
2. Bundesstaat und Staatenbund 77
a) Souveränität 77
b) Völkerrechtssubjektivität 78
c) Selbstbestimmungsrecht der Partialvölker 78
3. Bundesstaat und supranationaler Staatenverbund 79
II. Der Bundesstaat des Grundgesetzes 80
1. Der zweigliedrige Bundesstaat und sein Schutz durch Art. 79 Abs. 3 GG 81
2. Homogenität von Bund und Ländern 83
a) Aufteilung der Kompetenzen (Art. 30 GG) 83
b) Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG). 84
c) Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 GG). 85
3. Bundestreue und Bundeszwang. 85

a) Das Prinzip des bundesfreundlichen Verhaltens (Bundestreue) . . . 85
b) Bundeszwang (Art. 37 GG) . . . 86
4. Kooperativer Föderalismus . . . 87
5. Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern . . . 87
a) Gesetzgebungskompetenzen . . . 88
b) Verwaltungskompetenzen . . . 96
c) Rechtsprechungskompetenzen . . . 102
d) Finanzkompetenzen . . . 103
6. Die Funktion der kommunalen Gebietskörperschaften . . . 106
III. Der Bundesstaat des Grundgesetzes in der Europäischen Union . . . 108
§ 20 Sozialstaat . . . 111
I. Inhalt des Sozialstaatsprinzips als Strukturprinzip . . . 112
II. Sozialstaatliche Leistungsansprüche . . . 113
III. Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums . . . 114
IV. Auslegungsprinzip . . . 115
§ 21 Staatszielbestimmungen . . . 116
I. Allgemein . . . 116
II. Natürliche Lebensgrundlagen (Art. 20a GG) . . . 117
III. Tierschutz (Art. 20a GG) . . . 119
IV. Europäische Integration (Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG) . . . 119
V. Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht (Art. 109 Abs. 2 GG) . . . 121
VI. Tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG) . . . 121
VII. Gleichstellung behinderter Menschen (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG) . . . 122

Teil III: Die Staatsorgane . . . 124
§ 22 Der Begriff des Staatsorgans . . . 124
§ 23 Der Bundestag . . . 126
I. Organteile . . . 126
1. Präsident . . . 126
2. Präsidium . . . 128
3. Ältestenrat . . . 128
4. Ausschüsse . . . 129
5. Abgeordnete . . . 131
a) Beginn und Ende des Abgeordnetenamtes . . . 132
b) Abgeordnete als Vertreter des gesamten Volkes, Grundsatz des freien Mandats . . . 133
c) Rechte der Abgeordneten . . . 136
d) Anforderungen an die Abgeordneten . . . 139
6. Fraktionen . . . 140
a) Fraktionen als Organteile des Bundestags . . . 142
b) Privilegien der Fraktionen, fraktionslose Abgeordnete . . . 143
c) Fraktionen im Rechtsverhältnis zu den Abgeordneten . . . 144
d) Fraktionen als rechtsfähige Vereinigungen im allgemeinen Rechtsverkehr . . . 145

7. Gruppen 145
8. Parlamentarische Opposition 146
II. Die Wahl zum Deutschen Bundestag 147
1. Wahlen im repräsentativen parlamentarischen System 147
2. Wahlrechtsgrundsätze 149
a) Die Allgemeinheit der Wahl 149
b) Die Unmittelbarkeit der Wahl 154
c) Die Freiheit der Wahl 156
d) Die Geheimheit der Wahl 158
e) Die Gleichheit der Wahl 158
f) Die Öffentlichkeit der Wahl 160
3. Das System der personalisierten Verhältniswahl, § 1 Abs. 1 Satz 2 BWahlG 160
a) Mehrheitswahl (Personenwahl) 161
b) Verhältniswahl (Listenwahl) 161
c) Modifikationen und Kombinationssysteme 162
d) Das Wahlsystem nach dem BWahlG 163
4. Wahlperiode, Grundsatz der Diskontinuität 174
5. Rechtsschutz im Wahlrecht 175
III. Zuständigkeiten des Bundestags 180
1. Einleitung 180
2. Wahlfunktion (Kreationsfunktion) 180
a) Wahl des Bundespräsidenten (Art. 54 GG) 181
b) Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 GG) 181
c) Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts (Art. 94 Abs. 1 Satz 2 GG) 181
d) Sonstige Wahlfunktionen des Bundestags 182
3. Gesetzgebungsfunktion 182
4. Mitwirkungs- und Zustimmungsfunktion 183
a) Mitwirkung bei völkerrechtlichen Verträgen (Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG) 183
b) Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union; Integrationsverantwortung des Bundestags 184
c) Feststellung des Haushaltsplanes durch Haushaltsgesetz (Art. 110 Abs. 2 Satz 1 GG) 186
d) Feststellung des Verteidigungsfalls (Art. 115a Abs. 1 Satz 1 GG) 186
e) Zustimmung zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr 186
5. Selbstorganisation (Parlamentsautonomie) 188
a) Rechte des Bundestagspräsidenten 188
b) Wahl der Leitungsorgane 189
c) Geschäftsordnungsautonomie 189
6. Kontrollfunktion 191
a) Zitierrecht (Art. 43 Abs. 1 GG) 193
b) Frage-, Auskunfts- und Informationsrechte 193
c) Untersuchungsrecht 197

7. Öffentlichkeitsfunktion . . . 202
8. Beschlussorgan . . . 203
9. Anklageorgan . . . 203
IV. Verfahren . . . 203
§ 24 Der Bundesrat . . . 208
I. Organe . . . 209
1. Präsident und Präsidium . . . 210
2. Mitglieder . . . 210
3. Ausschüsse . . . 212
4. Europakammer . . . 212
5. Plenum . . . 212
II. Stimmverteilung . . . 213
III. Zuständigkeit . . . 213
IV. Verfahren . . . 215
§ 25 Der Gemeinsame Ausschuss . . . 217
§ 26 Der Bundespräsident . . . 218
I. Stellung von Organ und Amtsinhaber . . . 218
1. Staatsoberhaupt . . . 218
2. Amtsvoraussetzungen . . . 219
3. Persönlicher Status . . . 220
4. Amtszeit . . . 221
5. Amtseid . . . 222
6. Vertretung . . . 222
II. Zuständigkeiten . . . 222
1. Integrationsfunktion . . . 223
2. Repräsentationsfunktion . . . 224
3. Reservefunktion . . . 224
4. Staatsnotarielle Funktionen und Prüfungsrecht . . . 226
a) Ernennung und Entlassung der Mitglieder der Bundesregierung und bestimmter Beamter . . . 226
b) Mitwirkung im Gesetzgebungsverfahren . . . 226
5. Sonstige Funktionen . . . 230
III. Gegenzeichnungspflicht . . . 230
§ 27 Die Bundesversammlung . . . 231
I. Zusammensetzung . . . 232
II. Wahl des Bundespräsidenten . . . 232
§ 28 Die Bundesregierung . . . 233
I. Organe (Mitglieder) . . . 234
1. Bundeskanzler . . . 235
2. Bundesminister . . . 236
3. Bundeskabinett . . . 236
4. Staatssekretäre . . . 237
II. Amtszeit . . . 237
1. Bundeskanzler . . . 237
a) Beginn der Amtszeit . . . 238
b) Ende der Amtszeit . . . 239
2. Bundesminister . . . 243

III. Organisation . . . 243
1. Kanzlerprinzip . . . 243
2. Ressortprinzip . . . 245
3. Kollegialprinzip . . . 245
4. Selbstorganisation . . . 246
5. Koalitionsvereinbarung . . . 247
6. Verwaltungsunterbau . . . 247
IV. Zuständigkeiten . . . 247
1. Regierungsfunktion . . . 247
2. Verwaltungsfunktion . . . 251
3. Rechtsetzungsfunktion . . . 251
§ 29 Das Bundesverfassungsgericht . . . 252
I. Aufbau und Status . . . 252
II. Zuständigkeiten . . . 253
III. Prozessuale Grundsätze . . . 254
1. Antragsprinzip . . . 254
2. Zulässigkeit und Begründetheit des Antrags . . . 254
3. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts . . . 255
IV. Verhältnis zu überstaatlicher Gerichtsbarkeit . . . 256
1. Das Verhältnis zum EuGH . . . 256
2. Das Verhältnis zum IGH . . . 259
3. Das Verhältnis zum EGMR . . . 259
§ 30 Die Parteien als Organe des Verfassungslebens . . . 261
I. Funktion und verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien . . . 261
1. Organisation und Vermittlung der politischen Willensbildung des Volkes . . . 261
2. Funktionsgerechter Verfassungsstatus . . . 262
a) Rechtliche Trennung von Staatsinstitutionen und Parteien . . . 262
b) Verfassungsprozessualer Sonderstatus . . . 264
II. Stellung und Aufbau der politischen Parteien . . . 265
1. Begriff der politischen Partei . . . 265
a) Vereinigung von Bürgern . . . 265
b) Ziel der politischen Einflussnahme . . . 266
c) Ernsthaftigkeit der Zielsetzung . . . 266
d) Inhalt der Zielsetzung . . . 268
2. Politische Betätigung . . . 268
3. Parteiverbot und Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung . . . 270
4. Innere Ordnung und Aufbau . . . 274
a) Rechtliche Vorgaben . . . 274
b) Demokratische Grundsätze . . . 274
c) Föderativer Aufbau . . . 274
d) Satzung und Programm . . . 274
e) Parteiorgane . . . 274
f) Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen . . . 275

5. Parteifinanzen 275
a) Finanzierung der politischen Parteien. 275
b) Transparenz 276

Teil IV: Die Staatsfunktionen 279
§ 31 Die Gesetzgebung 279
I. Der Begriff des Gesetzes 280
1. Der materielle Gesetzesbegriff. 280
2. Der formelle Gesetzesbegriff. 280
3. Der Gesetzesbegriff im Grundgesetz 281
4. Normenhierarchie 281
II. Das Gesetzgebungsverfahren für einfache Bundesgesetze 282
1. Die Gesetzesinitiative (Art. 76 GG) 283
a) Gesetzesinitiative der Bundesregierung 284
b) Gesetzesinitiative des Bundesrates. 285
c) Gesetzesinitiative des Bundestages 286
2. Das Verfahren im Bundestag (Art. 77 Abs. 1 GG) 287
3. Die Mitwirkung des Bundesrates (Art. 77, 78 GG) 289
a) Unterscheidung zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen 290
b) Das Vermittlungsverfahren und der Vermittlungsausschuss. 292
c) Beteiligung des Bundesrates bei Zustimmungsgesetzen . 295
d) Beteiligung des Bundesrates bei Einspruchsgesetzen . . . 295
e) Umdeutung einer verweigerten Zustimmung in einen Einspruch. 297
4. Die Ausfertigung durch den Bundespräsidenten (Art. 82 Abs. 1 GG) 297
5. Die Verkündung im Gesetzblatt (Art. 82 Abs. 1 GG). 298
6. Das Inkrafttreten des Gesetzes (Art. 82 Abs. 2 GG) 299
III. Das Gesetzgebungsverfahren für verfassungsändernde Gesetze . . . 299
IV. Das Verfahren beim Erlass von Rechtsverordnungen 300
1. Rechtsverordnungen als Gesetzgebung durch die Exekutive. . 300
2. Funktion 300
3. Voraussetzungen und Rechtsfolgen 301
a) Ermächtigungsadressaten 301
b) Bestimmtheitsgrundsatz und Wesentlichkeitstheorie . . . 301
c) Anforderungen an die Rechtsverordnung 303
d) Fehlerfolge 304
§ 32 Die vollziehende Gewalt 306
I. Trennung von Regierung und Verwaltung. 306
1. Regierung 306
2. Verwaltung 307
3. Trennung von Regierung und Verwaltung 308
II. Die Ausgestaltung der Bundeseigenverwaltung 308
1. Zuweisung der Organisationsgewalt. 309
2. Aufbau der Bundesverwaltung 310

III. Die Bundeswehr 310
§ 33 Die Rechtsprechung 312
I. Definition und Abgrenzung 313
II. Aufgabe der Rechtsprechung 314
III. Organkompetenz der Gerichtsbarkeit 314
IV. Gerichtsbarkeit 315
1. Verfassungsgerichtsbarkeit 315
2. Fachgerichtsbarkeit 316
V. Rechtlicher Status des Richters 316
§ 34 Auswärtige Gewalt 318
I. Art. 32 Abs. 1 GG als allgemeine Regelung der Verbandskompetenz 318
II. Abschluss und Transformation völkerrechtlicher Verträge 319
1. Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge 319
2. Transformation des völkerrechtlichen Vertrages 320
III. Die Beteiligung an internationalen Einrichtungen 321
IV. Die Mitwirkung an der Europäischen Integration 323
1. Der Prozess der Europäischen Integration 323
2. Kompetenzen und institutioneller Aufbau der Europäischen Union 324
3. Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Mitwirkung an der Europäischen Integration 325
V. Zusammenfassung 330

Teil V: Übersichten – Schemata – Definitionen 332

A. Übersichten 333
Übersicht 1: Der Staatsbegriff (Drei-Elemente-Lehre) (vgl. dazu oben Rn. 4 ff.) 333
Übersicht 2: Strukturprinzipien und Staatszielbestimmungen (Rn. 88 ff.) . . . 334
Übersicht 3: Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland 334
Übersicht 4: Zuständigkeiten des Bundestags (Rn. 547 ff.) 335
Übersicht 5: Die Wahl des Bundeskanzlers (Rn. 551) 336
Übersicht 5a: Das Mehrheitsprinzip im GG (Rn. 612) 337
Übersicht 6: Normenhierarchie 338
Übersicht 7: Gesetzgebungskompetenzen im Bundesstaat (Rn. 271 ff.) 339
Übersicht 8: Gesetzgebungsverfahren (Rn. 861 ff.) 340
Übersicht 9: Die Gewaltenteilung nach dem Grundgesetz (Rn. 169 ff.) 346
Übersicht 10: Verwaltungsfunktionen 347
Übersicht 11: Vollzug von Gesetzen 348
Übersicht 12: Justiz/Gerichtsbarkeit (Rn. 955 ff.) 349

B. Schemata 350
Schema 1: Verfassungskonformität eines formellen Bundesgesetzes 350
Schema 2: Verfassungskonformität einer Rechtsverordnung des Bundes 350
Schema 3: Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Überblick) 351
Schema 4: Organstreitverfahren 352
Schema 5: Abstrakte Normenkontrolle 353

Schema 6: Bund-Länder-Streit 354
Schema 7: Verfassungsbeschwerde 354
Schema 8: Konkrete Normenkontrolle 355

C. Problemkreise 356
I. Das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag 356
1. Die sog. „verkappte Regierungsvorlage“ (s. oben Rn. 877) . . . 356
2. Die Gesetzesvorlage durch einen einzelnen Abgeordneten (s. oben Rn. 878) 356
3. Folgen eines Verstoßes gegen Art. 76 Abs. 2 GG (s. oben Rn. 870) 357
4. Verstoß gegen Vorschriften der GOBT (Bsp.: § 78 Abs. 1 Satz 1 GOBT) (s. oben Rn. 882) 357
II. Die Beteiligung des Bundesrates am Gesetzgebungsverfahren 358
5. Reichweite der Zustimmungsbedürftigkeit (s. oben Rn. 896 ff.) 358
6. Uneinheitliche Stimmabgabe im Bundesrat (s. oben Rn. 652 f.) 358
7. „Zustimmungsverweigerung bei Einspruchsgesetz“ (s. oben Rn. 914) 359
III. Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens 359
8. Prüfungsrecht des Bundespräsidenten (s. oben Rn. 695 ff.) . . 359
IV. Verfassungsfragen der Wahl zum Deutschen Bundestag 360
9. Verfassungsmäßigkeit der 5 %-Sperrklausel (§ 6 Abs. 1 Satz 1 BWahlG) (s. oben Rn. 517 ff.) 360
10. Verfassungsmäßigkeit der Grundmandatsklausel (§ 6 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BWahlG) (s. oben Rn. 521 ff.) 360
V. Sonstige Problemkreise 360
11. Die Rückwirkung von Gesetzen (s. oben Rn. 210 ff.) 360
12. Verfassungsprozessuale Stellung von Parteien (s. oben Rn. 812 ff.) 361

D. Definitionen 362

Stichwortverzeichnis 365